

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 26.03.2018

Von Wiebke Diehl

27.03.2018

## *Drei Jahre Massenmord [Jemen]*

*Im Jemen ist kein Ende des Krieges in Sicht. UNO spricht von »größter humanitärer Katastrophe unserer Zeit«*



*Hunger und Bomben: In den Ruinen der Stadt Saada nach einem saudi-arabischen Luftangriff (August 2016)*

Foto: Naif Rahma/REUTERS

Heute vor drei Jahren, am 26. März 2015, begann eine Militärkoalition unter Führung Saudi-Arabiens eine Intervention im Jemen. Sie folgte dabei einer Bitte des jemenitischen »Präsidenten« Abed Rabbo Mansur Hadi. Dieser war nach dem Sturz seines Vorgängers

Ali Abdullah Saleh im Februar 2012 für eine zweijährige Übergangsfrist zum Staatschef gewählt worden, weigerte sich nun aber, abzutreten.

Zum Zeitpunkt der Intervention Saudi-Arabiens und seiner Verbündeten hatte Hadi längst die Kontrolle über das Land verloren. Die Ansarollah, die seit den 80er Jahren für die politischen, wirtschaftlichen und religiös-kulturellen Rechte der etwa 40 Prozent der Bevölkerung Jemens ausmachenden Zaiditen eintraten, hatten große Teile des Landes sowie die Hauptstadt Sanaa eingenommen. Erklärtes Ziel der in westlichen Medien oft auch als »Huthis« bezeichneten Ansarollah war es, die Kontrolle Saudi-Arabiens, das den Jemen seit jeher wie seinen Hinterhof behandelt und eine eigenständige Entwicklung des Landes und seiner Wirtschaft verhindert hatte, zu beenden. Weiter verkompliziert hat sich die Lage durch das Erstarken einer von den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützten Separatistenbewegung im ölreichen Südjemen.

Nach drei Jahren Militärintervention ist die Lage verheerend. Die Vereinten Nationen sprechen in bezug auf den Jemen von der »größten humanitären Katastrophe unserer Zeit«. Nach Angaben der Hilfsorganisation Oxfam sind inzwischen drei Viertel der Bevölkerung, die bereits vor dem Krieg als ärmste in der arabischen Welt galt, auf humanitäre Hilfe angewiesen. Sieben Millionen Menschen sind von einer akuten Hungersnot bedroht, 17,8 Millionen gelten als »ernährungsunsicher«. Bereits vor dem Krieg musste der Jemen 90 Prozent der benötigten Nahrungsmittel importieren, seither ist der Preis für Mehl um 55 Prozent, der für Treibstoff gar um 560 Prozent gestiegen. Das Gesundheitssystem und die Wasserversorgung stehen vor dem Kollaps – 16 Millionen Menschen fehlt der Zugang zu sauberem Wasser. Die von den Ansarollah kontrollierten Gebiete werden von Saudi-Arabien und seinen Verbündeten systematisch und ohne Rücksicht auf die leidende Zivilbevölkerung ausgehungert.

Nach Angaben der Vereinten Nationen sind 15.500 Menschen getötet worden. Drei Millionen Binnenflüchtlinge befinden sich im Land, die saudische See-, Land- und Luftblockade macht ein Verlassen des Jemen fast unmöglich. Die Cholera-Epidemie, von der fast 100.000 Menschen betroffen sind und die bereits 2.200 Todesopfer forderte, ist nach Ansicht von Experten ebenso wie der Diphtherie-Ausbruch maßgeblich auf die zerstörte Infrastruktur und die Blockade zurückzuführen. Die Militärintervention tötet auch mittelbar: Im Jemen stirbt alle zehn Minuten ein Kind an Hunger oder vermeidbaren Krankheiten.

Die Bundesregierung fordert zwar offiziell eine politische Lösung, rüstet aber zugleich zur Militärallianz gehörende Staaten kräftig auf und beteiligt sich an einseitigen

Schuldzuweisungen. Obwohl belegt ist, dass die Waffen der Ansarollah größtenteils aus dem staatlichen Waffenarsenal stammen, wird der Iran beschuldigt, die »Rebellen« aufzurüsten. Trotz ihrer Kritik an der Blockade äußert die Bundesregierung zudem »Verständnis« für die Sorge Riads wegen Waffenschmuggels. Auch die »internationale Gemeinschaft« fordert einseitig die Entwaffnung der Ansarollah und ihren Rückzug insbesondere aus Sanaa. Nur gegen sie haben die Vereinten Nationen 2015 Sanktionen und ein Waffenembargo verhängt. Moskau hatte sich bei der Abstimmung im Sicherheitsrat der Stimme enthalten.